



INTERVIEW
Warum Österreichs Mitglied Prof. Franz Matscher das Vorgehen der Venedig-Kommission kritisiert. **3**



JUBILÄUM
Seit 30 Jahren besteht in Liechtenstein das Amt für Zivilschutz und Landesversorgung. **4**



BEZUGSPERSON
Konstantin Ritter (Bild) ist im Team des Einzelkämpfers Stephan Kunz eine wichtige Bezugsperson. **15**



WISSEN
Warum schmerzen falsche Töne? Ausserdem ein Horoskop mit Ausblick auf 2003. **22**

VOLKSBLATT MIX

Vor allem Jüngere von Arbeitslosigkeit betroffen

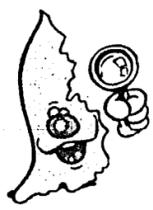
BERN – Der Anstieg der Arbeitslosigkeit im November ist vor allem aufs Konto der Jüngeren gegangen: Bei den 20- bis 24-Jährigen stieg die Arbeitslosenquote auf 3,8 Prozent und damit von allen Alterskategorien am stärksten an. Insgesamt waren Ende November 120 627 Personen als arbeitslos registriert, 9,5 Prozent mehr als im Vormonat.

USA beginnen 2004 mit Aufbau einer Raketenabwehr

WASHINGTON – Die USA werden 2004 mit dem Aufbau einer nationalen Raketenabwehr beginnen. Präsident George W. Bush erklärte am Dienstag, diese Entscheidung sei ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die Bedrohungen des 21. Jahrhunderts. Die erste Aufbauphase sei noch bescheiden, diene aber als Ausgangspunkt für den Ausbau des Systems.

??? SAGT:

«Im Landtag könnt ma di neu Verfassig grad noch met der Lupa schtudiera, schläuer tät ma wohrschlinig aber o ned wöra.»



VOLKSBLATT INHALT

Wetter	2	Sport	13-16
Kino	2	Kultur	19
Inland	3-9	Wissen	22
Leserbriefe	8	TV	23
Wirtschaft	10+11	International	24

www.volksblatt.li

Tel. +423/237 51 51

Fr. 1.50

124. JAHRGANG, NR. 290

Verbund Südostschweiz

«Wider besseres Wissen»

Landtag heute noch einmal ganz im Zeichen der Verfassungsdebatte

VADUZ – Dass die Regierung auf eine Teilnahme an der Sitzung der Venedig-Kommission verzichtet hat, bezeichnet Regierungschef Otmar Hasler als gezielte Falschmeldung. Schützenhilfe erhält die Regierung nun auch vom österreichischen Vertreter in der Venedig-Kommission, Prof. Franz Matscher.

• Martin Frommelt

«Venedig-Kommission: Regierung hat auf Sitzungsteilnahme verzichtet», titelte das «Vaterland» auf seiner gestrigen Titelseite. Regierungschef Otmar Hasler wehrt sich gegen diese Darstellung: «Diese Aussage ist falsch. Damit will das «Vaterland» der Regierung nur

wider besseres Wissen Untätigkeit in der Verfassungsfrage vorwerfen. Dabei hat die Regierung bereits in ihrer Stellungnahme vom Sonntag klar aufgezeigt, was sie dazu alles unternommen hat. Nachdem die Regierung über den Botschafter verspätet vernommen hat, dass dieses Thema von der Venedig-Kommission traktandiert worden ist, sind wir unverzüglich an die Kommission gelangt. Wir haben uns diesen Entwurf sogleich zukommen lassen und haben dementsprechend auch sofort interveniert. Wir hätten allerdings erwartet, angehört zu werden und eine seriöse Stellungnahme machen zu können. Wir haben ja auch einen Vertragungsantrag gestellt, um als zuständiges

staatliches Organ angehört zu werden. Dass die Kommission diesem Antrag nicht entsprochen hat, ist für uns nicht nachvollziehbar.»

Kein faires Vorgehen

Die gleiche Meinung vertritt auch Österreichs Vertreter in der Venedig-Kommission, Prof. Franz Matscher aus Wien. «Diese Vorgangsweise zeigt deutlich, dass man hier ein bestimmtes Ziel erreichen wollte», kritisiert der Verfassungsexperte im Volksblatt-Interview (Seite 3). Die Kommission habe die Regierung zwar kurzfristig eingeladen, ausreichendes rechtliches Gehör sei ihr jedoch nicht gewährt worden, so Matscher.

Wie der österreichische Verfassungsexperte weiter ausführte, «konnte an keiner Stelle gesagt werden, dass diese oder jene Regelung des vorgeschlagenen Verfassungsentwurfs dem europäischen Recht widerspricht. Man hat nur befunden, sie sei nicht ganz konform den europäischen Standards.»

Kein Rechtsverstoss

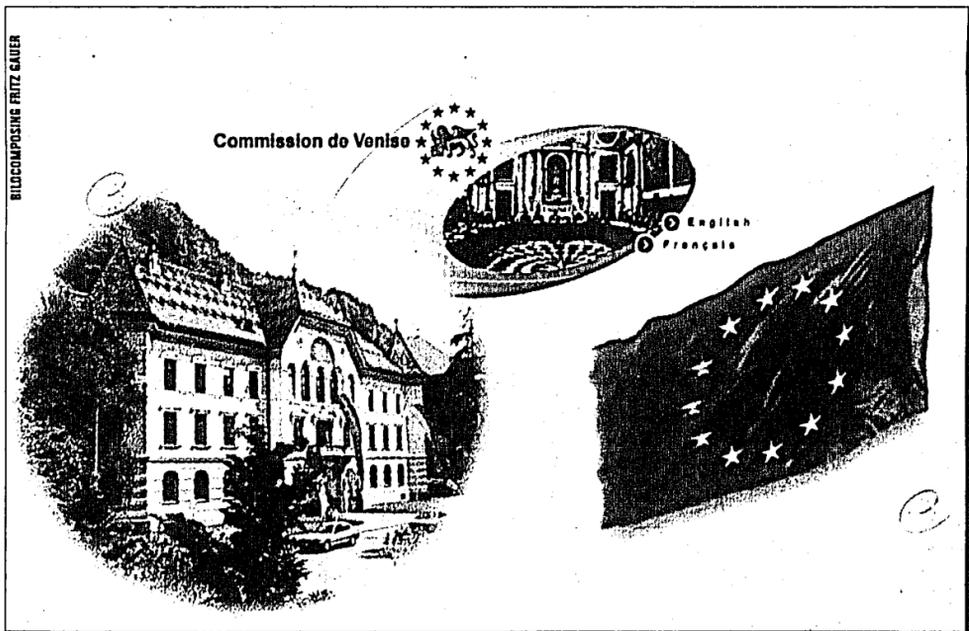
Das mit den Standards sei jedoch ein sehr vager Begriff. Die Staaten seien nicht verpflichtet, «den Standards zu folgen, sondern die Rechtsvorschriften einzuhalten, und das ist ja mit diesem Verfassungsvorschlag gegeben», sagt Matscher.

Keine Isolationsgefahr

Dass Liechtenstein bei Annahme der Fürsteninitiative die aussenpolitische Isolation droht, wie von den Gegnern gesagt wird, ist für Franz Matscher nicht nachvollziehbar: «An Ausschlussverfahren denkt man nur, wenn ein Staat seine Rechtspflichten gröblichst verletzt und davon ist hier ja keine Rede. Es ist in keiner Weise europarechtswidrig, einen starken Monarchen zu haben.»

Diskussion ja, Änderung nein

Der Landtag kann heute beide Initiativbegehren inhaltlich diskutieren. Änderungen kann das Parlament jedoch nicht vornehmen. Da nicht zu erwarten ist, dass eine der beiden Initiativen im Landtag das nötige Dreiviertel-Quorum erreichen wird, müssen sie bis spätestens Mitte März 2003 dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. **Seite 3**



Der Bericht der Venedig-Kommission des Europarates hat die heutige Verfassungsdebatte im Landtag kräftig angeheizt.

Fall internationaler Schwerstkriminalität

Spanier und Algerier verhaftet – Rechtshilfe aus Liechtenstein

BERN – Ein spanischer Geschäftsmann und ein Algerier, beide mit Genfer Domizil, sind wegen Verdachts auf Drogenhandel und auf Geldwäscherei in mehrstelliger Millionenhöhe verhaftet worden. Bies gab die Bundesanwaltschaft (BA) am Dienstag bekannt.

Der Spanier wurde in seiner Heimat, der Algerier in Hochsavoyen inhaftiert. Ein saudiarabischer Staatsangehöriger steht ebenfalls unter Verdacht, konnte aber noch nicht befragt werden. In Genf wurden vor einer Woche mehrere Firmen und drei Privatwohnungen durchsucht und zahlreiche Dokumente beschlagnahmt.

Wie BA-Sprecher Hansjürg Mark Wiedmer vor den Medien ausführte, konnte das grenzüberschreitende Ermittlungsverfahren, bei dem bis zu 30 Beamte im Einsatz standen, abgeschlossen werden. Der Fall wurde dem Eidgenössischen Untersuchungsrichteramt zur Eröffnung der Voruntersuchung übergeben.

Das Verfahren sei exemplarisch für die erfolgreiche Anwendung der neuen Kompetenzen des Bundes bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Schwerstkriminalität, sagte Wiedmer: «Wir haben einen grösseren Fisch an der Angel.» Die Zusammenarbeit mit Spanien und Frankreich habe gespielt.

Im Zentrum des Verfahrens stehen die Aktivitäten des seit Mitte der neunziger Jahre als Geschäftsmann in der Schweiz tätigen Spaniers. Er wird laut Wiedmer dringend verdächtigt, massgeblich an einer internationalen, zwischen Südamerika, dem Nahen Osten und Europa agierenden kriminellen Organisation beteiligt zu sein.

Die Schweizer Behörden würden die spanische Justiz umgehend um die Auslieferung des inhaftierten Geschäftsmannes ersuchen, sagte Wiedmer. Der in Frankreich festgesetzte Algerier solle auf dem Rechtsweg für das in der Schweiz geführte Verfahren befragt werden.

Das Verfahren kam laut Wiedmer

auf Grund von Hinweisen aus dem Ausland ins Rollen. Zur Zeit seien zwei Rechtshilfesuche an die im selben Komplex ermittelnden US-Strafverfolgungsbehörden hängig, eines sei schon erfüllt. Auch Liechtenstein hat einem Rechtshilfesuch entsprochen.

VOLKSCARD
GÜNSTIGER GEHT'S NICHT
Samstag, 4. Januar 2003
BOLETSCHOI
DONKROSAKEN
im Gemeindefaal Triesen
35 statt 45 CHF
Vorverkauf beim Liechtensteiner Volksblatt
Profitieren Sie als Abonnent von Vorzugspreisen
POWERED BY VOLKS

ANZEIGE
Die modische Art danke zu sagen –
Geschenkkarten von
Helbling
Männermode · 9470 Buchs